

**Der soziale Frieden darf nicht zum Opfer von Putins Krieg werden:
Entlastung – aber richtig!**

Keine Sorge ist momentan vergleichbar mit der jener mutigen Menschen in der Ukraine, die nicht nur die Freiheit ihres Heimatlandes, sondern auch unser aller Freiheit verteidigen. Ihnen gebührt unsere volle Solidarität. Die Folgen des schrecklichen Krieges gegen die Ukraine bekommen wir jedoch auch in Berlin zu spüren. Putins Angriffskrieg hat die bereits hohen Preise für Kraftstoff, Heizenergie und Lebensmittel nochmals sprunghaft ansteigen lassen. Auch die durch den Krieg verursachten Unterbrechungen der Lieferketten lassen weitere Preissteigerungen befürchten. Bezahlbare Energiepreise sind jedoch zentral, um gute Arbeitsplätze und geschlossene Wertschöpfungsketten vor allem in energieintensiven Branchen zu erhalten. Mit Blick auf den Wohlstand und das Gelingen der nun umso dringenderen Transformation ist dies maßgeblich.

Die vom Krieg angeheizte Inflation der Lebenshaltungskosten trifft insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, aber auch die breite Mittelschicht sowie die Unternehmen in unserer Stadt sehr stark. Pendlerinnen und Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, machen sich Sorgen, wie sie zukünftig zur Arbeit kommen sollen. Familien müssen sich auf einmal fragen, ob sie es sich noch leisten können, die Heizung aufzudrehen. Viele können sich schon beim Wocheneinkauf weniger leisten, Ersparnisse für größere Anschaffungen reichen nicht mehr und auch der langersehnte Urlaub fällt aus. Weil die Kaufkraft der Ersparnisse immer weiter sinkt, bedeutet die Inflation letztlich auch eine kalte Enteignung der fleißigen Menschen, die unsere Stadt tagtäglich am Laufen halten. Ihnen zerrinnt ihr hart erarbeitetes Geld zwischen den Fingern.

Die Bilder des Krieges auf europäischem Boden haben auch psychische Folgen. Gerade ältere Menschen, die den Zweiten Weltkrieg selbst noch miterlebt haben, werden durch die aktuellen Bilder in der Medienberichterstattung in eines der dunkelsten Kapitel der menschlichen Geschichte zurückversetzt.

Für uns als CDU Berlin steht fest: Wir müssen angesichts von Putins Krieg nicht nur den Menschen in bzw. aus der Ukraine alle erforderliche Unterstützung gewähren, sondern auch hierzulande mit geeigneten Maßnahmen schnell gegensteuern, um die sozialen Folgen der Krise abzufedern.

Hierfür schlägt der CDU Landesvorstand folgende Maßnahmen vor:

Energiepreisbremse: Der Staat verdient an den aktuellen Preissteigerungen kräftig mit. So bestehen etwa die Kraftstoffpreise rund zur Hälfte aus Steuern und Abgaben. Für uns steht fest: Der Staat darf kein Nutznießer steigender Energiepreise sein. Die von der Bundesregierung geplante Absenkung der Steuern auf Diesel und Benzin sind in der aktuellen Situation richtig und es zeigt sich, dass der Druck der CDU hier gewirkt hat. Das Bürokratiemonster „Tankrabatt“ von Bundesfinanzminister Christian Lindner ist vom Tisch. Die auf drei Monate begrenzte Maßnahme greift allerdings zu kurz. Die Energiesteuer auf Kraftstoffe sollte bis zum Ende des Jahres um ein Drittel reduziert werden, die Energiesteuer auf Biokraftstoffe aus unserer Sicht vollständig entfallen. Ebenfalls für diesen Zeitraum wollen wir die Mehrwertsteuer für Kraftstoffe sowie Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen auf 7 Prozent reduzieren, um alle Bürgerinnen und Bürger schnell und unbürokratisch zu entlasten.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, die Stromsteuer von derzeit 2,05 Cent pro Kilowattstunde auf das europäische Mindestmaß von 0,1 Cent pro Kilowattstunde bei nicht-gewerblicher Nutzung und 0,05 Cent bei gewerblicher Nutzung zu reduzieren. Darüber hinaus fordern wir nicht nur die rückwirkende Abschaffung der Erneuerbare-Energien-Umlage zum 1. Januar, sondern auch die sofortige Erhöhung der Pendlerpauschale vom ersten Kilometer an.

Härtefallfonds für Heiz- und Stromkosten einführen: Um den steigenden Heizkosten entgegenzuwirken, darf es nicht nur bei den geplanten Heizkostenzuschüssen der Bundesregierung bleiben. Aufgrund der Unterschiede bei den individuellen Heizkosten ist mehr als eine einfache Pauschale notwendig. Wir fordern den Senat auf, unverzüglich einen „Härtefallfonds für Heiz- und Stromkosten“ einzuführen, aus dem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen bei drohender finanzieller Überforderung unterstützt werden sollen. Bezugsberechtigt sein sollen in diesem Fall Berlinerinnen und Berliner mit Einkommen bis zur Hälfte des Berliner Durchschnittseinkommens.

Inflationsmechanismus einführen: Für staatliche Sozialleistungen wollen wir einen „Inflationsmechanismus“ einführen, um auf extreme Preissteigerungen besser reagieren zu können. Der für Energie- und Lebensmittelkosten vorgesehene Anteil der Sozialleistungen soll sich künftig automatisch entsprechend der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Inflationsrate erhöhen. Damit wird den Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen schnell und unmittelbar geholfen und sie müssen nicht auf die nächste reguläre Überprüfung und Festsetzung der Sätze warten.

Energiepreispauschale für Rentner und Studenten: Es ist vollkommen unverständlich, warum die Bundesregierung mit einer einkommensunabhängigen Energiepreispauschale auf die aktuellen Preissteigerungen reagiert, dabei aber Rentner, Ruheständler oder Studenten außen vorlässt. Schließlich sind diese aufgrund

ihrer meist geringen Einkünfte in besonderer Weise von der Inflation betroffen, während Gutverdiener auf diese Unterstützung weniger angewiesen sind. Es ist deshalb unbedingt sicherzustellen, dass diese Gruppen in die geplante Energiepreispause einbezogen werden.

365-Euro-Jahresticket für den ÖPNV einführen: Die hohen Benzinpreise belasten viele Menschen in unserer Stadt. Deswegen müssen wir zum einen aktiv dafür sorgen, dass die Benzinpreise deutlich sinken und zum anderen den Umstieg auf den ÖPNV noch attraktiver machen. Das von der Bundesregierung vorgeschlagene 9-Euro-Monatsticket für 3 Monate wird zu starken Mitnahmeeffekten führen. Zudem ist fraglich, wann die Umsetzung erfolgen kann. Erste Analysen gehen nicht vor dem Sommer aus, also mitten zur Haupturlaubszeit, in der eine Entlastung im Pendelverkehr am wenigsten greift. Für uns steht fest: Der Bund sollte besser in langfristige Vergünstigungen des ÖPNV investieren, statt Unsummen für ein dreimonatiges Strohfeuer zu stecken, dessen technische und organisatorische Umsetzung zu dem noch viele Fragezeichen aufwirft. Deswegen halten wir als CDU Berlin an unserer Forderung zur Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets als langfristige Alternative zum Ampel-Strohfeuer fest. Für 1 Euro pro Tag kann so das vielfältige Angebot der BVG genutzt werden. Es soll auch geprüft werden, inwieweit die studentischen Semestertickets dahingehend angepasst werden können. Gleichzeitig sorgen wir dafür, die Verkehrssituation in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern. Darüber hinaus bedarf es auch weiterer Investitionen in die Qualität des ÖPNV, um diesen langfristig noch attraktiver zu gestalten: mit einer engen Taktung, einem groß angelegten Ausbau des Streckennetzes sowie einer größeren, saubereren und pünktlicheren Fahrzeugflotte sowie größeren Anstrengungen für die Sicherheit insbesondere in den Abendstunden.

Beratungen für Mieter, Vermieter und Eigenheimbesitzer ausbauen: In den Berliner Bezirken werden den Mietern vielfältige Angebote präsentiert, um bei den diversen Sachverhalten rund um ihre Mietwohnung oder ihr Mietshaus Unterstützung zu finden. Neben diesen Mietberatungsstellen existiert auch das Projekt „Zuhause in Berlin“, welches durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert und von der Verbraucherzentrale Berlin durchgeführt wird. Die kostenlose Beratung zu Fragen der Strom- und Heizkosteneinsparungen muss besonders in diesen Zeiten gefördert werden und einem breiteren Publikum eröffnet werden. Es soll in jedem Berliner Bezirksamt einen Ansprechpartner zur Energieberatung geben, um die Anliegen von Mietern, Vermietern und Eigenheimbesitzern rasch und unbürokratisch zu beantworten.

Stärkung der Altenhilfe: Besonders in Krisenzeiten darf Berlin nicht den Blick auf seine verwundbarsten Bevölkerungsgruppen verlieren. Deshalb ist es gerade jetzt umso wichtiger, ältere, einsame und hilfsbedürftige Menschen nicht allein zu lassen. Sozialverbände und kirchliche Träger leisten hierbei unschätzbare Arbeit. Sie

verdienen eine stärkere Unterstützung durch das Land Berlin. Die finanziellen Zuwendungen müssen erhöht werden.

Gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt stärken: Das friedliche, respektvolle Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Hintergründe und Kulturen ist ein Wesenszug unserer Stadt. Zehntausende Berlinerinnen und Berliner haben einen ukrainischen oder russischen Hintergrund. Sie alle sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft und leben friedlich miteinander.

In den vergangenen Jahren sind auch viele Russinnen und Russen vor Repressionen und Verfolgung durch Putins Regime nach Berlin geflohen, um hier in Freiheit, Sicherheit und Demokratie leben zu können. Seit Beginn des Krieges mehren sich Berichte über Anfeindungen gegenüber Deutschen aus Russland oder russischen Staatsbürgern. Wir lassen es nicht zu, dass russischstämmige Mitbürger ausgrenzt, beleidigt, beschimpft oder tätlich angegriffen werden. Wer Schulen anzündet oder Restaurants beschädigt, der setzt kein Zeichen gegen den Krieg, der handelt niederträchtig und kriminell. Um frühzeitig gegenzusteuern, setzen wir auf einen breiten Dialog und einer gesellschaftlichen Sensibilisierung und auf eine konsequente Strafverfolgung der Täter.

Gleichzeitig greift auch Putins Regime mit seiner hybriden Kriegsführung unsere freie Art zu leben mit Desinformationskampagnen gezielt an. Über soziale Netzwerke verbreiten Akteure des russischen Staates systematisch Lügen, die darauf abzielen, die hier lebenden russischen Mitbürger anzustacheln und zu verunsichern. Gegen diese Art der Propaganda muss scharf und entschlossen vorgegangen werden. Dazu bedarf es einer Sensibilisierung der Behörden und der hier lebenden russischstämmigen Menschen. Eine schnelle Entlarvung solcher Lügen durch staatliche oder zivilgesellschaftliche Institutionen und die Strafverfolgung der Urheber wird Putins Regime die hybride Kriegsführung erschweren. Wir tolerieren auch nicht die Verherrlichung des Krieges, des Todes und der Gewalt durch das zur Schau Tragen der Symbole von Putins verbrecherischem Angriffskrieg. Wir dürfen und wir werden nicht zulassen, dass Putins Krieg das vielfältige, tolerante und freie Berlin spaltet.